Nr. 395 / B 195 Abend-Ausgabe

Vossische Zeitung

Berlin

Sonnabend, 21. August 1926 / V

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3690. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Eupen-Malmedy gescheitert

Belgien war bereit, Eupen-Malmedy zurückzugeben / Ohne Volksabstimmung / Die deutschen Gegenleistungen / Poincarés Druck auf die belgische Regierung / Die Verhandlungen gescheitert

Belgische und englische Blätter veröffentlichen eine formelle Erklärung des belgischen Premierministers Jaspar über die deutsch-belgischen Verhandlungen über eine Rückgabe Eupen-Malmedys an Deutschland. In dieser Erklärung des belgischen Ministerpräsidenten heißt es, „daß niemals seitens der belgischen Regierung offizielle Verhandlungen betreffend die wiedererlangten Bezirke stattgefunden haben und auch nicht stattfinden werden".

Dieses Dementi des Ministerpräsidenten Belgiens bedeutet, daß die zwischen Deutschland und Belgien während der letzten Wochen geführten Unterhaltungen über eine Rückgabe Eupen-Malmedys an das Deutsche Reich, dicht vor dem Zustandekommen, an dem Widerspruch Poincarés, der in Brüssel unter starkem Druck geltend gemacht wurde, vorläufig gescheitert sind.

Der belgische Ministerpräsident bestreitet, daß offizielle Verhandlungen mit Deutschland über Eupen-Malmedy stattgefunden haben. Man muß amtliche Dementis sehr genau lesen, wenn man aus ihnen den Sachverhalt erfahren will. Herr Jaspar wollte offenbar sagen, daß keine formellen Verhandlungen zwischen dem belgischen Kabinett und der deutschen Reichsregierung stattgefunden haben. Ob man das, was sich zwischen Berlin und Brüssel während der letzten Wochen abgespielt hat, Verhandlungen oder Besprechungen nennen will: schon aus den Mitteilungen der französischen Presse weiß man, daß an den Unterhaltungen, die über Eupen-Malmedy geführt worden sind, auf belgischer Seite die Minister Franqui und Vandervelde sowie Herr Delacroix beteiligt gewesen sind und auf deutscher Seite der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der die Besprechungen sicherlich nicht ohne enge Fühlung mit dem Reichskanzler und dem Auswärtigen Amt geführt hat. Es haben also Mitglieder der belgischen Regierung mit Wissen des Kabinetts und hervorragende deutsche amtliche Persönlichkeiten mit Zustimmung der Reichsregierung die Besprechungen über Eupen-Malmedy vor mehreren Wochen aufgenommen und erfolgversprechend weitergeführt. Man hat Grund anzunehmen, daß die Initiative von belgischer Seite ausgegangen ist. Es ist ja seit langem kein Geheimnis, daß Belgien diese beiden Kreise als ein Danaergeschenk des Versailler Friedensvertrages betrachtete. Die belgischen Unterhändler sprachen die Geneigtheit ihrer Regierung aus, die beiden rein deutschen Kreise, die Belgien nicht zu verdauen vermag, freiwillig, ohne vorherige Volksabstimmung — deren für Deutschland günstiges Ergebnis von vornherein feststeht — an Deutschland zurückzugeben.

Auf deutscher Seite bestand gleichzeitig die Bereitschaft, Belgien in der Frage der „Besetzungsmark" entgegenzukommen, die in Belgien während der Inflation von der deutschen Regierung ausgegeben wurde. Es befanden sich, in Gold umgerechnet, etwa 120 Millionen Mark im Umlauf.

Wir glauben richtig informiert zu sein, wenn wir behaupten, daß in den Besprechungen zwischen den deutschen und belgischen Unterhändlern in den wichtigsten Punkten ein Einvernehmen bereits erzielt war. Die Übergabe der beiden Kreise sollte vorbehaltlich der Zustimmung der belgischen Kammer im Spätherbst erfolgen. Die Mitteilung von dem Übereinkommen wäre etwa mit der Genfer Tagung des Völkerbundes zusammengefallen.

Die Kabinette der Westmächte waren von den Besprechungen zwischen Berlin und Brüssel unterrichtet. Es ist weder in Paris noch in London ein Widerspruch erhoben worden, bis Poincaré in Frankreich ans Ruder kam.

Eine der ersten Taten Poincarés war, daß er in Brüssel gegen die deutsch-belgischen Verhandlungen zwar nicht formellen Widerspruch erhob, aber eine Reihe von „Bedenken" geltend machte. Während bis dahin sowohl Berlin wie Brüssel der selbstverständlichen Auffassung waren, daß es sich hier um eine freiwillige Rückgabe annektierten Gebietes handle, also um eine Frage, die lediglich die beiden beteiligten Staaten angehe, erhob Poincaré aus durchsichtigen Gründen den Anspruch, daß sämtliche Signatarmächte des Versailler Vertrages um ihre Zustimmung ersucht werden müßten, da es sich um eine Aenderung des Friedensvertrages handle. Es hätten also sämtliche Staaten, die in dem Vertrag von Versailles gezeichnet haben, und die an der deutsch-belgischen Verständigung nicht interessiert waren, ihr Placet geben müssen.

Zum mindesten forderte Poincaré, daß **der Völkerbundrat ein solches Uebereinkommen zwischen Deutschland und Belgien gutheißen müsse**, und es war klar, daß Poincaré mit dem Widerspruch mindestens eines Mitgliedes des Völkerbundrates rechnete, der genügt hätte, das Abkommen zu Falle zu bringen.

Berlin sowohl wie Brüssel waren bereit zu einem **Kompromiß in der Form, daß die Hauptmächte des Versailler Vertrages um ihre Zustimmung ersucht werden sollten.** Ein Präjudiz lag insofern vor, als auch das Dawes-Abkommen, das tatsächlich eine Aenderung einzelnen Bestimmungen des Versailler Vertrages darstellt, nur von den Hauptmächten gutgeheißen worden ist.

Hätte sich Poincaré mit diesem Kompromiß einverstanden erklärt, dann wäre ein deutsch-belgisches Uebereinkommen über die Rückgabe von Eupen-Malmedy nicht unmöglich gewesen. Denn die

französische Regierung hätte es mit dem Locarno-Geist nicht in Einklang bringen können, einer friedlichen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Belgien, die von der belgischen Regierung selbst gewünscht worden ist, zu widersprechen.

Aber über diese formellen Einwände hinaus hat Poincaré in Brüssel während der letzten Tage einen ungewöhnlich starken Druck ausgeübt, um die belgische Regierung zu dem Abbruch der Verhandlungen mit Deutschland zu veranlassen. Aus der Erklärung des belgischen Ministerpräsidenten Jaspar muß man schließen, daß die Regierung in Brüssel sich diesem Druck gefügt und daß sie ihre Unterhändler, den Außenminister Vandervelde und den Minister Franqui, anweisen wird, die Besprechungen mit den deutschen Unterhändlern nicht mehr fortzusetzen.

Die Bischöfe prozessieren

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wsch **New York**, 21. August

Der mexikanische Kirchenstreit hat mit einem Sieg des Präsidenten Calles geendet, das ist der Eindruck, den die jüngsten mexikanischen Meldungen hervorrufen. Das Epilogat teilt heute in einer langsam ausgearbeiteten Erklärung mit, daß es den von Calles gegebenen Anregungen folgen und den **Streikfall dementsprechend vor den Kongreß und die Gerichte** bringen will.

Ob die Kirche Aussichten hat, den Kongreß zu Verfassungsänderungen zu veranlassen, ist schwer zu sagen. Bisher glaubte man allgemein, daß Präsident Calles den Kongreß fest in der Hand habe, und es liegen keine Anzeichen dafür vor, daß Abgeordnete umgeschwenkt seien. Erfolge der gerichtlichen Aktion sind wenig wahrscheinlich, da Calles mit den Ausführungsbestimmungen zu den Kirchengesetzen sich formal streng im Rahmen der Verfassung hielt.

Oberammergau

Die Tagung des Internationalen Versöhnungs-Bundes

Von

Professor Dr. Veit Valentin

* Oberammergau, 19. August.

Zum fünften Male hat der internationale Versöhnungsbund (Fellowship of reconciliation) eine Tagung abgehalten, diesmal in Oberammergau; sie war weit stärker besucht und reicher mit Zielen und Typen ausgestattet als die früheren. So erscheint es an der Zeit, auch die breitere Oeffentlichkeit über diese Organisation und ihre Arbeit zu unterrichten.

Der Versöhnungsbund ist ein Kriegskind, er stammt zum Teil von den englischen Kriegsdienstverweigerern ab — London ist noch heute der Sitz seines Rates, dem Vertreter aller großen Nationen angehören. Das Mitglied der Labour Party Walter Ayles ist der Vorsitzende. Die bekanntesten deutschen Vorkämpfer sind Professor Siegmund-Schulze, der erfolgreiche soziale Organisator, und die Führerin der pädagogischen Reformbewegung Dr. Elisabeth Rotten.

Der Grundgedanke des Versöhnungsbundes läßt sich in einer Frage zusammenfassen: kann das praktische Christentum, das seit einem Menschenalter die soziale Reformbewegung so tief beeinflußt, nicht auch schöpferischen Einfluß nehmen auf die großen Fragen der auswärtigen Politik? In allen europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten hat sich ja seit dem Kriege, westlich durch den Krieg erweckt, ein religiöses Gefühl entwickelt, dem es unmöglich erscheint, angesichts der furchtbar zunehmenden internationalen Spannungen kontemplativ, in sich gekehrt zu bleiben. Man weiß, welche Antriebe von Puritanertum schon früher für die Wirklichkeitswelt ausgelöst worden sind: die Congregationalisten, die Quäker, ja sogar ein Teil der High Church — sie alle sind nun sozusagen neu mobilisiert worden; als Beispiel, abschreckend, grauenvoll, und doch mystisch verwandt und deshalb hinreißend und überwältigend hat das religiöse Ausland, auch gerade in seiner bolschewistischen Form, gewirkt.

In der deutschen Jugendbewegung, besonders in der Arbeiterjugend, erwuchs für solche Gedankengänge ein empfängliches Publikum. Sehr viele deutsche Mitglieder des Oberammergauer Kongresses, der in dem Passions-Dorfe fast dreihundert Mitglieder aus allen Ländern reizvoll vereinigte, entstammten diesem Kreis. Die älteren waren Pfarrer und Lehrer hauptsächlich, dann Berufspolitiker, Publizisten, Sozialbeamte, mehrere Parlamentarier; Menschen voll guten Willens nicht allein, sondern erfüllt von einem heißen Eifer, durch Arbeit; durch konkrete Unterweisung, durch greifbare Vorschläge die Entstehung eines neuen Europas zu fördern.

So hat ein Jüngerer unter den Engländern, John Stephens, wochenlang Südtirol bereist; ein Aufenthalt von vier Jahren in Deutschland befähigt diesen Politiker, sich auch mit der eingeborenen Bevölkerung völlig zu verständigen — und er sagt: von einigen Auswüchsen hypernationalistischer Neotiroler Blätter abgesehen — es ist wahr, was die Welt von dem faleschistischen Schreckensregiment in Südtirol erfährt; es ist wahr, daß Kinder von den Carabinieri ausgehorcht werden, ob die Mutter ihnen das deutsche Alphabet beibringt — es ist wahr, daß solche Mütter in Arrest gesteckt worden sind. Noch andere, schlimmere Dinge sind wahr; es war dem Vertreter des Faszismus auf dem Kongreß, seltsamerweise einem protestantischen, aus Benedig stammenden, jetzt in Rom wirkenden Geistlichen, nicht möglich, durch Geschichtskonstruktionen und sonstige Beweismittel die Schlagkraft der vorgebrachten Tatsachen zu entwerten. Der Kongreß hat beschlossen, eine Denkschrift über die Mißstände in Südtirol an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in London zu richten und alles zu tun, um diese Dinge besonders in der englischen und amerikanischen Oeffentlichkeit bekanntzumachen, auch die Angehörigen dieser Länder zum Besuche von Südtirol anzuregen.

Begreiflicherweise nahm das Minderheitenproblem einen großen Teil der Verhandlungen in Anspruch. Es war einer der stärksten Eindrücke, als der bekannte Vorkämpfer eines gerechten internationalen Minderheitenschutzes, Dr. Camillo Morocutti, seine Anschauungen entwickelte — Morocutti, ein echter Deutscher, aus italienischer Emigrantenfamilie, heute südslawischer Untertan und Vorkämpfer der deutschen Minderheiten in der südlichen Steiermark! Ein Schicksal von wahrhaft österreichischer Tragik! Morocutti sieht die Hauptschwierigkeiten besonders der südosteuropäischen Minderheiten in der militaristischen Einstellung der scheinbaren Nationalstaaten und in dem „Etatismus", das heißt der Ueberschätzung von Staat und Staatlichkeit und dem daraus hervorgehenden Staatszentralismus und Wirtschaftsnationalismus. Die Form, in der Minderheitenprobleme gelöst werden können, ist ja heute völlig klar — sowohl in der Forschung wie in internationalen Verträgen sind die Bedingungen festgelegt, durch die eine ungerechte Grenzziehung doch fast völlig aufgewogen werden kann: die garantierten Kulturautonomie. Dänemark und Estland treiben schon heute

0223